

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 3.00 Mark
auswärtig bei Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Zeitungs-
postämtern angenommen. In an-
deren Zeitungen - Verzeichnis unter
-Caale-Zeitung eingetragen. Sie an-
verlangt eingegangene Manuskripte
nicht ohne Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
-Caale-Zeitung gestattet.
Gemäß der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1143,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4099.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Geschäftsstelle
oder deren Raum mit 30 Dfg. berech-
net und in unferen Pannschellen
und allen Anzeigen-Gebühren ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 Mk.
Schlag der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntag-
nummer abends 6 Uhr. Pannschellen
von Pannschellenanfragen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich einmal
Sonntags einmal

Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Br. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 330.

Halle, Dienstag, den 17. Juli

1917.

Deutsches Vordringen am Dnjestr.

Rückzug der Russen auf das linke Lomnica-Ufer. — Erfolgreiche Teilkämpfe an der Westfront.

Zur Vorgeschichte des Kanzlerwechsels.

Von Prof. Dr. Doormann, M. d. R.

Die Beratung des Reichstags zu seiner gegenwärtigen
Tagung war durch die Notwendigkeit, neue Kriegskredite
zu eröffnen, erforderlich geworden. Daß bei dieser Gelegen-
heit auch einige kleinere Vorlagen nicht gerade zwingender
Dringlichkeit zur Beratung gelangen konnten, war an-
zunehmen. Die Ausdehnung, welche die nur auf wenige
Tage veranlagten Verhandlungen gewonnen haben, hat
dennoch auch wieder mit der Hauptangelegenheit noch mit
den übrigen irgend etwas zu tun. An seiner Stelle und in seinem
Augenblick ist der geringste Zweifel an der Zustimmung des
Reichstags zu den Kriegskrediten laut geworden. Niemand
wird es aber auch verwunderlich finden, wenn der Wunsch
bestand, die gesamte politische und militärische Lage einer
gründlichen und klärenden Besprechung zu unterziehen, einer
Erörterung, die in der Hauptabsicht naturgemäß in den Haus-
haltungssektoren zu verlegen war. Ob jemand die Möglichkeit
vorausgesehen hat, daß hierbei Fragen brennend werden
würden, welche die Grundlagen unseres Verfassungslbens
berühren und darum mit Naturnotwendigkeit zu einer
schweren inneren Krisis führen könnten, wissen wir nicht.
Auf die Gefahr hin, für politisch fürchtig zu gelten, müssen
wir mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß innerhalb der
fortschrittlichen Reichstagsfraktionen niemand an eine solche
Entwicklung gedacht, geschweige denn die Möglichkeit gehabt hat,
sie herbeizuführen.

Die Kreditvorlage als Prätextmittel zur Erreichung
innerpolitischer Ziele zu machen, ist der fortschrittlichen Volkspar-
tei nie in den Sinn gekommen; eine solche Politik lehnt
sie ab aller Entschiedenheit ab.

Was aber die letzten Wochen betrafte, dem erschienen sie in ihrer Ent-
scheidung und ihrem Fortgang bis zur Krisis ganz natürlich.
Daß sich nahe an der Schwelle des vierten Kriegsjahres die
Gedanken besonders der Frage wanderten, ob es irgend ein
Mittel gäbe, das uns dem Frieden näher bringen könne, ist
ganz selbstverständlich. Was man die Bemühungen auch der
deutschen Sozialdemokratie in Stodham beurteilen, wie man
will, schon die Tatsache allein, daß hier ernsthafte Versuche
vorlagen, nötigte auch die übrigen Parteien, von neuem
Stellung zu nehmen. So hatte denn auch die Fraktion der
fortschrittlichen Volkspartei ihre Vertreter beauftragt, bei
den übrigen Parteien eine Kundgebung anzuregen, die, um
es mit einem Wort zu sagen, die Geneigtheit der Mehrheit
des Reichstags zu einem Verständigungsfrieden klar und ein-
deutig auszusprechen sollte. Wenn die nächste Anregung am
folgenden Tage von anderer Seite im Hauptausfluß gelang,
so beweist dies lediglich, daß der Gedanke der Situation durch-
aus entsprach, wie es auch die Ergebnisse der Verhandlungen
über diesen Punkt bestätigen.

Daß die diesem Vorgehen stehende Meinungsver-
schiedenheit zwischen den Parteien und auch innerhalb der
Parteien hervorgerufen wurden, war klar. Gleichwohl lag in
ihm an sich keinerlei Anlaß zu einer Krisis. Ebenso wenig
in der Beurteilung, die der U-Boot-Krieg im Hauptausfluß
fand. Denn niemand denkt daran, diese Waffe stumpf wer-
den zu lassen oder aus der Hand zu legen. Die Krisis er-
wuchs aus der nachfolgenden Frage, ob es mit terner Kund-
gebung genug sein sollte, oder ob ihr Gewicht im Ausland und
Inland nicht eine Verstärkung erfahren könne und erfahren
müsse durch praktische Maßnahmen. Wie die Verhältnisse
nun einmal liegen, konnte hierbei nur ein einziges Gebiet
in Frage kommen, in dem wir völlig frei in unseren Ent-
scheidungen sind: das Gebiet unserer inneren kulturellen
Lebens. Daß wir hier dem Ausland irgend einen bestimm-
ten Einfluß gestatten wollen, daran denkt gleichfalls kein
Mensch. Man hat uns von der Außenwelt abschließen können,
aber im eigenen Hause sind wir die Herren!

Für die Reform des preussischen Wahlrechts enthält die
Osterhoffnung nur ein unvollständiges Programm. Es schließt
klarheit über die in Aussicht genommene Form des Wahl-
rechts, außerdem war der Termin bis nach dem Friedens-
schluß hinausgeschoben. Die Überzeugung, daß die Reform
schon jetzt durchgeführt werden und das gleiche Wahlrecht
enthalten müsse, war seit Jahren immer allgemeiner ge-
worden. Was lag näher, als daß man in erster Linie auf
diese Frage zurücktrat? Heute ist sie entschieden. Und wenn
die Entscheidung nicht leicht geworden ist und widerstreitende
Minister daraus die Konsequenz ziehen und zurücktreten, so
sind das keine Ereignisse, bei denen wir länger zu verweilen
brauchen. Die Entscheidung ist so gefallen, wie wir sie für
richtig halten, und das genügt uns.

Völlig unklar liegt jedoch die andere Frage der Parla-
mentarisierung der bürokratischen Regierung, wie man es
heutzutage nennt. Damit ist gemeint eine engere Ver-
bindung zwischen Regierung und Volksvertretung im Reich.
Hier ist die eigentliche Ursache neben den mannigfachen An-
lässen der Krisis, und darin liegt das Bedeutsame der

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am der Küste griffen die Engländer nach tagsüber leb-
haftem Feuer wieder bei Lombardie auf; sie wurden ab-
gewiesen.

Wäns der Front Norddünabote bis Warneton feigerte
sich die Kampfkräfte der Artillerien zu erheblicher Stärke;
auch auf beiden Scarpe-Ufern war sie lebhaft.

Englische Erdungsversuche scheiterten bei Messines,
Yullich, Garelle, Bulcourt und nördlich von St. Quentin.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Vormittags drangen an der Straße Laon-Sollions
Stoßtruppen eines hannoverschen Regiments zusammen mit
Pionieren nach Feuerbesatz in die französischen Linien,
strengten Unterstände und Grabengänge und löschten mit
jahrlicher Gefangenen- und Wagnisangewehren in die
eigenen Gräben zurück.

Bei Courcelon war in der Nacht zu gestern ein
weiteres Stück französischer Stellung durch Handreich ge-
nommen worden; die Gefangenenzahl in diesem Abschnitt
erhöhte sich dadurch auf über 450 Franzosen.

Kurz vor Dunkelheit eröffnete der Feind schlagartig
in Artillerie Feuer auf die Stellungen zwischen dem Gehöft
Malvat und Gernay. Darauf setzte gegen diese Front
ein starker, mit dichtem Mörserfeuer geführter Angriff ein,
der im Feuer und im Nahkampf unter den schwersten
Verlusten ergebnislos zusammenbrach. Alle kri-
tisch gewonnenen Stellungen sind seit in der Hand der be-
währten ostpreussischen Division.

Nördlich von Reims schlug ein Posten der Fran-
zosen gegen die von uns eroberten Gräben südlich des Bois
Soulain fehl; ein weiterer wurde durch unser Abwehr-
feuer unterdrückt.

Am Bählberge in der Westschampagne gelang es
Schüringern, in erbitterten Handgranatenkämpfen die Fran-
zosen aus dem letzten Stück unserer alten Stellung zu ver-
treiben und mehrere Gegenangriffe zurückzuschlagen.

Auf dem linken Maas-Ufer setzte mittags fest-
stehende Artillerieerwirkung gegen die Höhe 304 und die An-
schlüssen ein. Unser Vernichtungsfeuer auf die fran-
zösischen Gräben und Bereitstellungsplätze erzielte den feind-
lichen Angriff; nur wenige Tote kamen aus den Gräben.
Heute morgen hat sich der Feuerkampf dort erneut eingestellt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Vorkommnisse.

Außer fünf Flugzeugen wurden vier feindliche Gesell-
schaften durch unsere Flieger zum Absturz gebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Die rege Gefechtsstätigkeit bei Riga, Düna burg
und Smorgon hält an.

Bei aufklärendem Wetter war an der Narowa das
Feuer härter als in den letzten Tagen.

Südlich des Dnjepr nahmen rheinische Regi-
menter das Waldgebiet nördlich von Kalausch,
Dank von Westen her bewachte Kräfte vorgingen zu einem
die Russen die Stadt und zogen sich eiligst auf das
südliche Lomnica-Ufer zurück.

Von der

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

und der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madenjen

ist nichts Wesentliches zu melden.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boot-Taten!

Berlin, 16. Juli. Ämtlich. Im Atlantischen
Ozean wurden durch unsere U-Boote wieder-
um eine Anzahl Dampfer und Segler ver-
sichtet.

Darunter befanden sich die bewaffneten englischen
Dampfer „Thetis“ (2009 Tonnen) mit Erplabung und
„Maidor“ (3400 Tonnen) mit Stückgut nach England, sowie
der englische Segler „Baby of the Lake“. Einem der vorer-
wähnten Schiffe hatte Mais für England geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Situation. Denn, von allem anderen abgesehen, insbeson-
dere den Widerständen aller Art, die sich jeder Neuerung auf
dem Verfassungsgebiet entgegenstellen pflegen: hier sind un-
geheure Schwierigkeiten rein sachlicher Natur unüberwind-
bar, die auch bei gutem Willen auf allen Seiten, falls
man damit rechnen könnte oder rechnen kann, sich nicht von
heute auf morgen erledigen lassen. Wenigstens nicht ab-
gesehen, wo sie nennenswert zu finden sind: es will die bestehende
Verfassung, insbesondere der föderative Charakter des
Reichs, daneben und nicht zuletzt aber auch die Zusammen-
setzung des Reichstags. Denn wer gerecht denkt, kann und darf
nicht übersehen, wie weit der Reichstag von einer Mehrheits-
bildung entfernt ist, die einige Stabilität in sich trägt, also
von der ersten Vorbedingung für eine stetige Einwirkung
oder gar führende Mitwirkung in der praktischen Politik.
Und nun weiter das eigenartige Verhältnis der Reichsregie-
rung zu der Verwaltung, die bei den Einzelstaaten liegt.
Soll hier eine Erfolg versprechende Aenderung eintreten, so
bedarf es einer Reform, die wir als eine solche an Haupt- und
Gliedern, in dem besonderen Sinne dieses Ausdrucks, der sich
aus dieser Zusammenfassung ergibt, bezeichnen müssen. Denn
die engere Fühlung des Kanzlers mit der Politik
der auswärtigen Politik, die seit einiger Zeit besteht, ist doch
nur ein kümmerliches Surrogat, bestenfalls ein teimartiger
Anfang dessen, was man denkt. Seine Tätigkeit ist im
wesentlichen die einer nachträglichen Kritik und kann nichts
anderes sein. Und die zweifelhafte sachliche Nähe der
Mitwirkung des Kanzlers zum Reichstag, die durch die Durch-
führung des Hilfsbeschlusses bei der Durchführung des
Hilfsbeschlusses ist ein Ausnahmefall und wird es in dieser
Form auch wohl bleiben müssen.

Daß, soweit es sich um Personenfragen handelt, die
Stellung des Reichskanzlers von der Kritik in Mitteleuropa
gegogen werden mußte, verstand sich von selbst. Wer es ist
eine bewußte Unterwerfung einer unangenehm genann-
ten Person — die, wie wir wissen, auch nicht ohne Grund ge-
blieben ist — als ob die fortschrittliche Volkspartei sich in
ihrer Haltung zu den schwersten Fragen und zum Reichs-
kanzler von anderen als sachlichen Erwägungen leiten lasse.
Herr von Bethmann Hollweg verlangte, wie wir glauben,
selbst nichts anderes. Und die Dinge, um die es sich handelte,
waren doch wahrlich so groß und wichtig, als daß man ernst-
haften Politikern zutrauen sollte, sie hätten jemals persön-
liche Sympathien oder Antipathien irgend welchen Einfluß
auf ihr Urteil gestattet können. Zumal jetzt, wo es mehr
denn je not tat und not tut, auf jedem Schlag den richtigen
Mann zu wissen, vor allem an der Spitze der Reichsleitung!

Die Verhandlungen zwischen Kanzler und Parteien.

Die „National-Ztg.“ schreibt:
Bei den Besprechungen am Sonnabend und Sonntag
haben die Parteien ihre Anschauungen und Forderungen zu
Kanzler vorgetragen. In erster Reihe betrafen die Verhand-
lungen naturgemäß die Mehrheitsent-
scheidung. Die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen
hielten nun nach wie vor daran fest, daß der Reichstag sein
Streben nach einem Frieden ohne Gebietsveränderungen und
Entschädigungen auszusprechen müsse. Der Standpunkt des
Zentrums ist nicht ganz so völlig klar, und es hat den
Anschein, als ob diese Partei, die ja schon ursprünglich ihre
Bedeutung von der Nationalliberalen abhängig gemacht
wissen wollte, einer entsprechend abgeänderten Formu-
lierung der Entscheidung, was es jetzt freilich
vielleicht zu spät wäre, nicht ganz abgeneigt ist.
Die Nationalliberalen selbst betrachten die ganze Ent-
scheidung, mit der von den Vinsparteiern geforderten Ten-
denz, als eine durchaus negative Kundgebung, wobei
sie den Standpunkt des 4. August durchaus nicht ab-
lehnen und auch eine Verlängerung des Krieges aus Gro-
berungsgründen nicht wünschen, allein es für verfehlt halten,
diese Selbstverständlichkeiten in einer besonders betonten
Weise hervorzuheben, die als Schwäche abgesehen werden
könnte. Die konservative Partei macht den Ein-
wand, daß unsere Gegner ihrerseits auf Amerikaner keines-
wegs Verzicht geleistet haben und daß erst, wenn dies aus-
gesprochen sei, der Reichstag seinen Standpunkt beknüpfen
könne. Der Ausweg aus diesen widerstreitenden Anschau-
ungen fände sich insofern ganz leicht, wenn von einer be-
stimmten Formulierung der Friedensziele
vorderhand überhaupt abgesehen würde und
man sich damit begnügt, dem neuen Kanzler, der in seiner
Rede ja in entprechender Weise zu der ganzen Friedens-
frage Stellung nehmen wird, das Vertrauen zu bekunden.
Wird halten, wie die Sache nun einmal liegt, ein solches
Vertrauensvotum für unmöglich. Die Red. Hierbei ist zu
berücksichtigen, daß eine Resolution, die von einer durchaus
nicht überwälzenden Mehrheit vertreten
würde und noch dazu von einer Mehrheit, deren sehr wä-
rtiger Bestandteil, nämlich das Zentrum, auch nur mit halbem

Seren miltch, ohne jede politische Wirkung nach außen wäre. Sie würde wahrscheinlich als Zeichen von Zerrissenheit, Zwietracht und Schwächen erscheinen und den Frieden nicht um einen Tag früher herbeiführen.

Der Hauptpunkt des Kanzlerprogramms.

Der Umstand, daß der Reichstag seine Tätigkeit am kommenden Donnerstag gleich mit einer Volltätigkeit aufnehmen wird und die ursprünglich beabsichtigte vorherige Abhaltung einer Sitzung des Hauptausschusses fallen läßt, kann wohl als ein Beweis angesehen werden, daß zwischen dem Reichstagler Dr. Michaelis und den Parteien ein befriedigendes Einverständnis erzielt wurde. In seiner für Donnerstag nachmittags 3 Uhr angekündigten Rede wird der Kanzler sein Programm entwickeln und Stellung nehmen zu der Mehrheitseinstellung und den innerpolitischen Fragen. Da es zum Programm des Kanzlers gehört, die Einigung im Innern voll wiederherzustellen, so ist ihm dadurch die Klärung seines selbst gegebenen es kann und muß sein Bestreben bilden, mit sämtlichen Parteien des Reichstages in ein Vertrauensverhältnis zu treten und sich nicht allein von einer augenblicklich vorhandenen Mehrheit tragen zu lassen, der eine immerhin beträchtliche Opposition gegenübersteht. Deshalb ist es notwendig — so schwierig dies auch erscheinen mag — einen Mittelweg zu finden.

Zentrum und Parlamentarisierung.

Von ausländischer Seite erhält die „Germania“ einen längeren Aufsatz, in der die Richtlinien der Zentrumspolitik in der innerpolitischen Krise ausführlich dargestellt werden. Zur Frage der Parlamentarisierung der Regierung wird da gesagt: Diese Forderung wurde entschieden vertreten von den Fraktionen der gesamten Linksparteien. Bei der Stellungnahme zu dieser Frage war das Zentrum entscheidend, daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches gewahrt werden muß. Das parlamentarische System hat in jedem Land einen anderen Organismus. Es ist nicht einseitig für alle Länder festgelegt und nirgendwo gleich entwickelt. Die Meinung aller Redner der Zentrumspartei, die sich zu diesem Gegenstand äußerten, läßt sich dahin zusammenfassen: Sie gäben dem Zentrum Ausmaß, das zum Zweck der Verfestigung engerer Verbindungen zwischen Regierung und Parlament, die sich besonders im Krieges als notwendig erwiesen hat, nicht über bewährte Kräfte aus dem Parlament in die Regierung berufen werden. Was das Zentrum unter Parlamentarisierung versteht, heißt: Herbeiführung einer innigeren Fühlung zwischen Regierung und Parlament. Diese Notwendigkeit bedarf nach den Ereignissen der letzten acht Tage keines Beweises. Das Zentrum wünscht, daß mit dem bisherigen System gebrochen würde und daß nicht für die Zukunft die Tatsache, daß ein würdiger Mann Abgeordneter ist, ihm erlaube, in seiner Eigenschaft als Reichstagsmitglied die Regierung zu verlassen und die Befugnis der Verlegung der Rechte der Bundesstaaten stehen dem nicht gegenüber.

In Erwartung des ersten Auftretens des neuen Reichskanzlers

Schreibt der „L. A.“ in Reichstagskreisen rede man keineswegs mit einer Programmrede, sondern mit einer Einleitungsrede, worin der Reichstagsler zwar zu den brennendsten Fragen der inneren und äußeren Politik Stellung nehmen werde, es aber vermeiden dürfte, schon jetzt sich die Hände daran zu binden, daß veränderte Verhältnisse ihm nicht gestattet seine Haltung zu ändern. Das „L. A.“ sagt, der Reichstagsler sei zwar geneigt, in seiner Eigenschaft als Reichstagsmitglied abzugeben, die ungeschäftliche Reichstagsresolution entgegen, zur Annahme der Mehrheitseinstellung habe er sich aber nicht bereit finden lassen. Sollte er die Resolution zurückweisen, so würde er gleich in der ersten Reichstagsung eine starke Mehrheit gegen sich haben. Dies könne nicht sein Wunsch sein.

England und die Kriegszieleresolution der Reichstagsmehrheit.

Nach Bonhairs Korrespondenzmeldungen der „Morning Post“ haben 23 Abgeordnete beschlossen, im Parlament die Regierung über die Friedenstauglichkeit der deutschen Mehrheitseinstellung, sobald diese im Reichstag erfolgt sein wird, zu befragen. Lloyd George wird die Anfrage persönlich im Unterhause beantworten.

Die französischen Sozialisten lenken ein.

Nach Pariser Meldungen befiel der Ausschub der französischen Sozialisten die Aufnahme der Besprechungen mit feindlichen Parteigenossen durch neutrale Parteiangehörige.

Frankreichs Offiziere und der Kanzlerwechsel.

C. B. Genf, 17. Juli. Für die Ententezeit bedeutet nach den Ausführungen des „Temps“, der „Debat“ und anderer französischer Zeitungsorgane der Kanzlerwechsel keine Neuigkeit von ausschlaggebender Bedeutung. Die Entente erblickt nach diesen Ausführungen in der supportierten Einflusnahme Hindenburgs und Hindenburgs auf die Erneuerung des neuen Vektors der deutschen Außenpolitik den vollgültigen Beweis der Fortsetzung des Krieges an allen Fronten. Wenn Hindenburg, wie ihm nachgerühmt wird, nicht der Mann sei, in den Fehler des Joffre und Joffre nicht, daß er keine Besorgnisse zu verfallen — desto besser! Dann würden die passivsten Unternehmungen bald verschwinden. Von Bestmann werde nichts übrig bleiben als der Ausspruch: Not kennt kein Gebot! Dies Wort geminne heute Bedeutung für alle Völker, die dasin Jahre; Krieg bis zum Aussterben!

Wetterdam, 16. Juli. „Menne Rotterdamse Courant“ führt aus Paris: Man ist hier der Ansicht, daß man sich keine Illusionen darüber machen dürfe, die deutsche Kräfte würde ein einzelnes Ende des Krieges herbeiführen. Man glaubt nicht, daß der deutsche Kanzler in diesem Augenblick der Klänge von Einsparungen zustimmen wird. Die Allierten werden die Kräfte nur als einen Impuls zu weiteren militä-

rischen Anstrengungen betrachten und sich entschließen, anzuwarten, bis Amerika seine volle militärische Kraft entfalte.

Das Käsekraten.

Die Wetterfahnen sind sehr verlegen. . . . Diesmal übrigens nicht nur die Wetterfahnen. Auch wer, im Inland und Ausland, eine sehr bestimmte Meinung über die ihm erwünschte oder wahrscheinliche Entwicklung der deutschen Dinge hat, verharret in Ungeheuer, was er, von seinem Standpunkt aus, vom neuen Reichstag halten soll. In Deutschland beginnen die Parteien, die den eigenen politischen Gegner beim Kanzlerwahlkampf, darüber nachzudenken, weshalb sie den Kanzler gewählt haben. Es schien nur folgerichtig, daß eine Reichstagsmehrheit, deren Reformwille der Kanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen befeuerte, den Nachfolger wenn nicht bestimmen, so doch mit einiger Wirkung empfehlen würde. Satten wir eine „Krise“, so mußten die Forderungen der Parlamentsmehrheit erfüllt werden, oder eine stärkere Macht handelte ihnen entgegen. Ein Drittes schien es nicht zu geben.

Es gab ein Drittes. Eines Mittags hörten wir den Namen des neuen Reichskanzlers. Da niemand wollte, was dieser Verwaltungsoffizier als Politiker war und sein würde, verbargen die Blätter aller Parteien ihre Unsicherheit hinter eine Begrüßung, die vordrängte den neuen Mann für die eigenen Wünsche und Ziele ziemlich restlos in Anspruch nahm. Dr. Michaelis war willensstark und zu einer Politik der Einheit nach innen und außen entschlossen; soweit stimmte man überein. Erst als man Gelegenheit hatte, am nächsten Morgen die Wählerstimmen zu vergleichen, erkannte man, daß es allgemeines Lob das Bild des Belobten verfehlerte, jaht es zu verdeutlichen. Die berechtigten Zweifel wurden von dem unbehaglichen Gefühl durchföhrt, daß man in wesentlichen Dingen so fraglos nie zuvor.

Gesah dies aber in Deutschland, so mußte naturgemäß die Meinung des Auslandes noch zersäherter sein. Dort, in den Ländern der Verbündeten, Neutralen und Feinde begnügt man sich recht damit, an Stelle der Mittelungen Wünsche zu setzen. Statt der Äußerungen des neuen Kanzlers fernschreiben sie sich. Auch diese Offenbarungen des eigenen Herzens haben einen Erkenntniswert. Oesterreichers und ungarische Blätter lesen in Westmann Hollweg den Gräffner einer nach innen liberalen, nach außen friedfertigen Politik — und hoffen, daß der Nachfolger in den gleichen Bahnen fortzuschreiten werde. Neutrale von starkem demokratischem Bewußtsein, wie die Schweizer, legen das Hauptgewicht auf die innere Erneuerung der deutschen Staatsform. Die gelasseneren Holländer sprechen vor allem die Hoffnung aus, daß die „deutsche Krise“ die Welt dem Frieden näher bringen möge, und verbergen nicht ganz ihren Zweifel, ob gerade dieser Kanzlerwechsel eine solche Wirkung haben werde. Im übrigen sehen auch hier, gleichwie in Dänemark, Schweden und Norwegen die Parteien die Aufgaben des neuen Kanzlers durch das Glas ihrer besonderen Wünsche; die Sozialisten als den wenigstens mittelbar von Volk erwählten, die Verbandsfreunde als einen der Scharfmaderei Verdächtigen.

Selbstbekenntnis ist auch das Urteil der Feinde. Natürlich legen sie zunächst Hoffnungen auf die „Krise“ als solche. Man sollte diese Wünsche nicht tragisch nehmen, noch weniger sie gegen irgend eine deutsche Richtung ausrichten. Auch unsere Gegner sind geneigt, von einer deutschen, wie von jeglicher „Demokratisierung“ den Frieden zu erwarten; vor allem denken die Sozialisten so. Blätter entgegengesetzter Art, besonders in England und Frankreich, sehen in Westmanns Sturz einen „Sieg der Mittelstufen“. Die einzigen Konstanten aber, vor sich selbst (wie Herze) oder vor anderen („Matin“) erklären das Ganze für eine „politische Komödie“ der Deutschen. So urteilt jeder nach sich selbst. Und die Welt ist vorläufig nicht klüger geworden.

London's Flegste.

Im Leitartikel der „Daily News“ vom 9. 7. heißt es: Der deutsche Kriegangriff auf London am 7. 7. hat eine Erregung verursacht, wie sie so tief bei früheren Gelegenheiten noch nicht beobachtet wurde. Mit der Verlust an Menschenleben geringer, so scheint der materielle Schaden umso größer zu sein. Der Fall liefert den Beweis, daß London gegenwärtig jedem Angriff offen liegt, der sein Ziel unbedeutend verfehlt, und daß es möglich ist, uns Engländern — bei verhältnismäßig geringen Verlusten für den Angreifer — schwerwiegende Schäden zuzufügen. — Was können wir demgegenüber tun, um einer gründlichen Zerstörung oder starken Verwüstung Londons entgegenzutreten? Man mag darüber streiten, ob die Androhung einer Politik der Vergeltung auf Deutschland irgendwelchen Eindruck machen würde; wir glauben es jedenfalls nicht. Einst ist sicher: ein wirklicher Schutz gegen Luftangriffe kann weder durch Luftpatrouillen noch durch so fern ausgearbeitete Verteidigungssysteme, sondern einzig und allein durch die Vertreibung der Deutschen aus Belgien erreicht werden. — In der „Daily Mail“ schreibt Lovat Fraser: London ist der Mittelpunkt des Krieges, oder das hätte man kaum vermutet, als man gestern die deutschen Flugzeuge unbedeutend über die Stadt herumfliegen sah. Solange der Feind im Lande ist, London zu bombardieren, oder selbst nur über unsere Stützen zu kommen, können wir nicht von unserer Vorbereitungen in der Luft sprechen. Es ist wahr, daß viele unserer Maschinen aufsteigen, um die deutschen Kräfte anzugreifen. Das gänzliche Fehlen von Resultat anzuerkennen, daß unsere englischen Flugzeuge nicht gegen sie sind. Man muß sich also fragen, warum haben wir keine besseren? Die einzige Gegenmaßnahme ist natürlich der Angriff. Es ist lächerlich, über Vergeltung zu sprechen. Es handelt sich nicht um die Frage der Vergeltung, sondern darum, den Krieg in das Land des Gegners zu tragen. Es handelt sich nicht darum, deutsche Städte zu töten, sondern Deutschland zu bombardieren. Die Deutschen tun alles, um ihre Flugzeugfabrikation in der riesenhaftesten Weise zu steigern, und zwar mit der Absicht, Groß-Britannien fortwährend anzugreifen. Werden wir endlich aufwachen? —

Namensänderung des englischen Königlichen Hauses. London, 16. Juli. Der König hat die morgen eine Sonderkammer des Geheimen Rates angeordnet, um seine Absicht anzufrühren, den Namen des Königlichen Hauses zu ändern. Der Name wird später durch eine Proklamierung bekanntgegeben werden.

Ausgang der englischen Kohlenförderung.

Die Kohlenförderung in England weist im zweiten Vierteljahr gegenüber dem ersten einen Rückgang von 17 Prozenten auf. Die Ausfuhr hat in nach früheren Maße abgenommen, weshalb die Ausgabe amtlicher Häfen unterbleibt.

Englische Schläppe am Euphrat.

Konstantinopel, 16. Juli. Amtlicher Sekretärsbericht vom 16. Juli. Im Euphrat vor der gefohlgene feindliche Abstellung auf ihrem Rückzug noch 120 Lots und Vermundete sowie 60 Pferde. Außerdem erbeutete unsere verfolgende Kavallerie zwei Artilleriegeschütze und viele Felle. An der persischen Grenze erbeutete unsere Grenzkompanien in einem Gefecht bei Ederdicht ein Maschinengewehr. Nördlich Rewanduz griff eine russische Kompanie unsere Soldaten an, wurde aber zurückgeschlagen. An der Kaukasusfront mähtiges Artillerie- und Infanteriefeuer.

Die Freiheit der Meere eine — gefährliche Unklarheit.

Stockholm, 16. Juli. Die Friedensformel der deutschen Reichstagsmehrheit wird von allen Vätern besonders hoch angesehen. Tagens Nyheter schreiben: Durch diese Erklärung stellt sich auch der deutsche Reichstag auf den gleichen Standpunkt in Bezug auf den kommenden Frieden, wie der russische Arbeiter- und Soldatenrat und die vorläufige Regierung in Petersburg. Zwecklos ist ein wichtiger Schritt auf dem Frieden mit dieser Entschiedenheit gemacht, die einen Schritt über den sogenannten deutschen Frieden zieht und Deutschlands Kriegsziele nicht mehr von möglichen Veränderungen in der militärischen aber der wirtschaftlichen Lage zum Nachteil der Feinde abhängig macht.

Wie wird nun die Entschiedenheit auf Seiten des Feindes wirken? Sie stimmt zweifellos sowohl mit Wilsons Dezemberbotschaft an den Kongress als auch mit den tundsgeordneten Kriegsziele der russischen Regierung überein. In England und Frankreich scheint man einzuweichen daran zu zweifeln, doch es der Reichstag ermit meint oder föhig ist, seinen Willen geltend zu machen, daß mag man sich im Anschluß hieran an das Wort des Kriegsministers Painlevé über „das verführerische Rädeln des Scheiterns man-Friedens“ erinnern, das sich in ein „friedliches Verlangen des Vangermanismus“ verwandelt würde, sobald Frankreich nur irgendwo wanken werde. Das könnte ja bedeuten, daß Deutschland sich freiwillig nicht abweisen gegen einen Scheidemann-Frieden verhalten würde, falls dieser sich nur zuverläßig zeige. Branting in „Socialdemokraten“ findet die Forderung der Freiheit der Meere sei eine gefährliche Unklarheit, da diese unbedingt im Zusammenhang mit der Abzählungsfrage aufgestellt werden müsse. Da haben wir's also!

Entlassene Genden.

Eine der „Affären“, die in neutralen Ländern weit mehr Ärm machen, als sie wert waren, hat ihre jüngere Erlebung gefunden. Das Deutsche Reich hatte in letzter Zeit den zweiten Anfall solcher Art; in beiden Fällen (der erste war die Angelegenheit Grimm) hat Mangel an Glück und Geschicklichkeit ein an sich nicht anscheinbares Verhalten der Reichsleitung in den Verdacht der Kabale gebracht. Kurzgefaßt, das den Weg über Norwegen nehmen sollte, enthielt Sprengstoffe. Die Durchfuhr von Sprengmitteln durch norwegisches Gebiet ist aber zur Zeit der Sendung nicht verboten; die Verwendung dieser Stoffe in Verbandsland ist als Kriegshandlung natürlich kein Verstoß gegen neutrale Rechte. Dennoch räumt die deutsche Reichsregierung ein, daß die Benutzung des Kurierdienstes zu solchen Sendungen verkehrt werden dürfen kann, tadelte die verantwortliche Zentralinstanz, erklärt ihre Bedauern aus und die Vertagung des hier die Inforterität Verantwortlichen an. Die norwegische Regierung hat sich von dem Inhalt der deutschen Note herabgelassen.

Man wird in Norwegen zugeben müssen, doch das deutsche Auswärtige Amt in der Beurteilung und Sühnung eines Ereignisses, das schließlich nur ein Formverstoß war, das denkbar größte Entgegenkommen bewiesen hat. Der politische Sprengkörper, dessen Zündschnur unsere Feinde in Brand zu setzen gedachten, ist entladen. Wir dürfen wohl erwarten, daß auch Norwegens Volk und Regierung sich in etwa entgegenen „Affären“ einer ebenso gerichten wie sachlichen Haltung beteiligen wird wie die deutsche Großmacht.

HAUTAL

Wachswasser-Tabletten
zum vornehmen Parfümieren und Weichmachen
Erschickend des Wachswassers, Beliebig
Frischen, Neiglichen, Flieder, Rose, Ideal, Fichtennadel
38 Stk., 60 Stk., 100 Stk.

HAUTAL-Blumenbäder
hinterlassen auf der Haut einen zarten Duft
machen diese sammetweich, wirken erschickend
1 Bad 40 Stk., 5 Bäder, 200 Stk., 10 Bäder 375 Stk.

HAUTAL-Fichtennadelbäder
Herz- und nervenstärkend — kräftigend
In Packungen: 1 Bad, 5 Bäder, 10 Bäder
Rechtlich in Packungen: Baden, Apotheken
Man schreibe beim Einkauf auf das Namen „HAUTAL“
Physicochemische Fabrik C. Alfred Fischer, Berlin 81/81